

## Notizen

### HELMUT HEIBER ZUM 65. GEBURTSTAG

Nach 34jähriger Tätigkeit schied Helmut Heiber Ende Februar 1989 aus dem Institut für Zeitgeschichte aus. Er war eine der tragenden Persönlichkeiten und einer der produktivsten Wissenschaftler des Instituts.

Am 22. Februar 1924 in Leipzig geboren und bei Kriegsende junger Offizier, studierte Helmut Heiber nach seiner Entlassung aus jugoslawischer Kriegsgefangenschaft in den frühen fünfziger Jahren an der Freien Universität Berlin Geschichte und Zeitungswissenschaft und war einige Zeit lang journalistisch tätig. Im April 1954 trat er in das fünf Jahre zuvor gegründete Institut für Zeitgeschichte ein, das damals in zwei Etagen eines Mietshauses in der Münchener Reitmorstraße mit einem kleinen Mitarbeiterstab unter Leitung von Paul Kluge eine noch sehr bescheidene Existenz führte. Neben Thilo Vogelsang, Anton Hoch und Hans Buchheim wurde Helmut Heiber in diesen Anfangsjahren zu einem Promoter der Sammlungs- und Forschungsaktivität des jungen Instituts.

Die von den Siegermächten beschlagnahmten Akten der NS-Zeit waren damals noch nicht zugänglich, aber Zehntausende von Dokumenten, die bei den Nürnberger Prozessen in den Jahren 1945 bis 1948 vorgelegt worden waren, bildeten als Nürnberger Dokumente für die noch in den Kinderschuhen steckende Zeitgeschichtsforschung in der Bundesrepublik ungefähr ein Jahrzehnt lang die Hauptquellengrundlage. Das Institut erwarb damals Kopien von dem gesamten Bestand, und Helmut Heiber war es, der diese Dokumentenmassen in mühevoller Arbeit auf höchst differenzierte Weise erschloß; daraus wurde der große Institutskatalog zu den Nürnberger Dokumenten. Helmut Heiber hat damit für die frühe wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Dritten Reich eine ganz wesentliche Grundlage geschaffen, die den Ruf des Instituts als „Mekka der Zeitgeschichtsforschung“ mitbegründete. Durch die Verzeichnung der Nürnberger Dokumente erwarb sich Helmut Heiber ein stupendes Grundwissen über fast alle Bereiche nationalsozialistischer Politik und ihrer führenden Figuren. Unter denen, die durch solche archivistische Grundlagenarbeit im Institut zu profunden Kennern der NS-Geschichte wurden, war er der eminenteste, der verlässlichste Ansprechpartner, wenn es um Auskünfte zu Sach- und Personenfragen der NS-Zeit ging.

In der folgenden Zeit, als das Institut in der Möhlstraße ein eigenes Haus beziehen konnte (1956), sich konsolidierte und seinen Mitarbeiterstab erweiterte, war Helmut Heiber unter der Leitung von Paul Kluge, ab 1959 von Helmut Krausnick, der wohl produktivste Forscher und jahrelang auch einer der fünf Stellvertreter des Direktors, die diesen turnusmäßig in der Leitung der Institutsgeschäfte unterstützten. In den fünfziger und sechziger Jahren verfaßte Helmut Heiber zahlreiche Auf-

sätze und Beiträge zu den verschiedensten Problemen nationalsozialistischer Politik<sup>1</sup>, meist für die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Vor allem aber erarbeitete er in diesen Jahren grundlegende Editionen und Darstellungen: Den Anfang machten 1962 die umfangreichen, von Heiber glänzend kommentierten Protokoll-Fragmente von Hitlers militärischen Lagebesprechungen im Führerhauptquartier, die 1963 auch in einer Auszugsveröffentlichung bei der Deutschen Buchgemeinschaft und bald danach in einer französischen und italienischen Ausgabe erschienen<sup>2</sup>.

Das zweite große Unternehmen, das Helmut Heiber dann mehrere Jahre lang beschäftigte und wohl als sein wissenschaftliches Hauptwerk betrachtet werden kann, war das fast 1300 Seiten starke Buch über „Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands“, das 1966 herauskam – ein weit über das im Titel formulierte Thema hinausgehendes, umfassendes Kompendium über die Lage der Geschichtswissenschaft und das Verhalten ihrer Repräsentanten und Organe in der NS-Zeit. Mit seiner eindringlichen Schilderung der Rolle der Historiker im Dritten Reich mußte das Werk in der Zunft sofort Furore machen, doch hielt das Buch, mit dem Heiber ein so heißes Eisen angepackt hatte, der Kritik stand und ist bis heute ein unverzichtbares Grundlagenwerk deutscher Zeitgeschichtswissenschaft geblieben.

In dieser Zeit erwies sich Helmut Heiber auch als der geschickteste Befrager von Zeitzeugen des Dritten Reiches. Dank seiner gründlichen Vorbereitung solcher Interviews, die noch heute methodisch vorbildlich sind, war er gegen falsche oder stilisierte Auskünfte gefeit. Schon vor seinem großen Buch über die deutsche Geschichtswissenschaft in der NS-Zeit hatte Helmut Heiber 1961 mit der Edition

<sup>1</sup> Der Katalog der IfZ-Bibliothek verzeichnet allein für die Jahre 1955 bis 1966 zwölf Aufsätze und Gutachten von Helmut Heiber:

- Zur Justiz im Dritten Reich. Der Fall Elias, in: VfZ 3 (1955), S. 275–296.
- Aus den Akten des Gauleiters Kube, in: VfZ 4 (1956), S. 67–92.
- Der Fall Grünspan, in: VfZ 5 (1957), S. 134–172.
- Der Generalplan Ost, in: VfZ 6 (1958), S. 281–325.
- Der Wirtschaftsplan Ost, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München 1958, S. 279 ff.
- Die Ausweisung von Juden polnischer Staatsangehörigkeit im Oktober 1938, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München 1958, S. 90 ff.
- Josef Goebbels und seine Redakteure. Einige Bemerkungen zu einer neuen Biographie, in: VfZ 9 (1961), S. 66–75.
- Der Tod des Zaren Boris, in: VfZ 9 (1961), S. 384–416.
- Die deutsche Beeinflussung der Rassepolitik des faschistischen Italien bis 1943, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München 1966, S. 80 ff.
- Stand der Partisanenbewegung Ende September 1941, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München 1966, S. 292–301.
- Liberale und nationale Geschichtsschreibung, in: Universitätstag 1966. Nationalsozialismus und die deutsche Universität, Berlin 1966.
- Widerstand der Intellektuellen. Werner Finck und die „Katakombe“, in: Der Monat 18 (1966), Nr. 209, S. 35–45.

<sup>2</sup> Helmut Heiber (Hrsg.), Hitlers Lagebesprechungen. Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942–1945, Stuttgart 1962, 971 S.

von Fragmenten der handschriftlichen Goebbels-Tagebücher aus den Jahren 1925/26 die neubegründete Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte eröffnet<sup>3</sup>. Noch mehr als in seiner knappen Hitler-Biographie aus dem Jahre 1960<sup>4</sup> erwies sich Helmut Heiber in seiner 1962 vorgelegten Goebbels-Biographie<sup>5</sup> als ein Meister kritisch-biographischer Forschung und Darstellung. Das mehrfach übersetzte Werk ist bis heute unübertroffen, unerreicht von den nachfolgenden Goebbels-Studien.

Helmut Heiber verfügt wie kaum ein anderer Autor der deutschen Zeitgeschichtsforschung über zwei sich in der Regel ausschließende Fähigkeiten: die bewundernswerte Konzentration auf gründliches Quellenstudium und akribische Faktenrekonstruktion auf der einen, die kreative Lust zu gut lesbarer, episodенreicher und aus ironischer Distanz geschöpfter Darstellung auf der anderen Seite. Seinem flüssigen, lockeren und mit köstlichen Einfällen bereicherten Stil ist die Mühsal der vorangegangenen peniblen Recherche nicht mehr anzumerken. Diese doppelte Begabung hat Helmut Heiber auch zu einem großen Erfolgsautor wissenschaftlich fundierter Zeitgeschichtsschreibung werden lassen. Sein wohl erfolgreichstes Buch war 1966 eine Geschichte der Weimarer Republik in der von ihm und mir herausgegebenen „dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts“, die bisher nicht weniger als 18 Auflagen mit annähernd 200 000 Exemplaren erreichte.

Mit dem Umzug des Instituts in das neue große Haus in der Leonrodstraße Anfang 1972 und meinem Amtsantritt im gleichen Jahr änderte sich für Helmut Heiber offensichtlich vieles. Einer der Gründe dafür war wohl die personelle Ausweitung des Instituts, das Ende der beinahe intimen, durch enge persönliche Beziehungen und ständiges Gespräch geprägten, so „beherzten“ Möhlstraßenzeit. Vermutlich trug dazu aber auch die Planungsversessenheit und Betriebsamkeit bei, die der neue Direktor in dem modern ausgestatteten Institutsneubau entfaltete. All das ließ in Helmut Heiber, so vermute ich, das Gefühl entstehen, in dieser Art von „Betrieb“ nicht mehr ganz zu Hause zu sein. Seine zunehmende Zurückgezogenheit führte – ich erlaube mir diese persönliche Bemerkung – auch zu einer wohl von uns beiden im Innern schmerzlich empfundenen Verfremdung unserer Beziehungen. Hinzu kam eine Entscheidung, die ich später sehr bereut habe. Wenige Jahre nach dem Umzug in das neue Haus beauftragte ich Helmut Heiber mit der Leitung eines großen Projekts, dessen Ziel es war, aus den staatlichen und parteiamtlichen Empfänger-Überlieferungen in den Archiven der Bundesrepublik und Österreichs die bei Kriegsende vernichteten Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP zu rekonstruieren. Dieses auf viele Jahre angelegte, anspruchsvolle Großprojekt, in dessen Verlauf schließlich eine Sammlung von rund 300 000 Aktenkopien entstand, erforderte Durchhaltevermögen und selbstlosen Einsatz nicht nur bei unzähligen Archivbesu-

<sup>3</sup> Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26. Mit weiteren Dokumenten hrsg. von Helmut Heiber, Stuttgart o. J. (1961).

<sup>4</sup> Helmut Heiber, Adolf Hitler. Eine Biographie, Berlin 1960, 159 S.

<sup>5</sup> Helmut Heiber, Joseph Goebbels, Berlin 1962, 433 S.

chen, sondern auch bei der Regestierung der gesammelten Dokumente und der Erarbeitung eines mehrteiligen, außerordentlich umfangreichen Registers. Meine Vorstellung dabei war es gewesen, Helmut Heiber lediglich mit der wissenschaftlichen Aufsicht über das von anderen Mitarbeitern durchzuführende Vorhaben zu betrauen. Aber die schwierigen methodischen Probleme führten nach und nach dazu, daß er selbst zum ersten und eigentlichen Projektbearbeiter wurde und dieses Projekt ihn schließlich völlig in Beschlag nahm.

„Talentverschwendung“ nannte der Präsident des Bundesarchivs, Hans Booms, in guter Kenntnis und hoher Wertschätzung der Fähigkeiten von Helmut Heiber diesen Kärner-Einsatz – zu Recht. In extremem Pflichtbewußtsein dem Institut und der Aufgabe gegenüber hat Helmut Heiber diese Bürde unter weitgehendem Verzicht auf anderweitige Forschungs- und Publikationstätigkeit getragen. Das erste, 1984 veröffentlichte Teilergebnis des Projekts besteht aus zwei umfangreichen Regestenbänden, einem nicht minder dickleibigen Registerband sowie drei Mikrofilm-Bänden mit ungefähr 100000 Blatt Akten. (Der zweite, abschließende Teil steht inzwischen kurz vor der Veröffentlichung.) Als ein großes „Lesebuch“ zur Geschichte der nationalsozialistischen Zeit hat Helmut Heiber die stattlichen Regestenbände bezeichnet, und seine von konventionellen Normen abweichende, sehr differenzierte Verzeichnung der Dokumenten-Inhalte unterstreicht diesen Charakter. Ohne Frage ist das Werk ein fundamentales Kompendium zu den Aktivitäten der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände sowie der zahlreichen staatlichen Stellen, auf die die Partei-Kanzlei Einfluß nahm.

Die jahrelange Arbeit in diesem Projekt hat die Kontinuität von Helmut Heibers eigener Forschung lange unterbrochen. Erst seit 1984 konnte er sich wieder einem Vorhaben widmen, für das er schon in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren eine enorme Menge von Dokumenten aus Archiven der Bundesrepublik, der DDR und Österreichs zusammengetragen hatte: einer großen Darstellung der nationalsozialistischen Wissenschafts- und Hochschulpolitik. Pünktlich zu seinem Ausscheiden aus dem Institut hat er ein umfangreiches Manuskript fertiggestellt, das die frühen Stadien der NS-Hochschulpolitik in der Endphase der Weimarer und der Anfangsphase der nationalsozialistischen Zeit umfaßt.

Helmut Heiber war in seiner Arbeit für das Institut und insbesondere in seiner Beschäftigung mit der NS-Zeit ein Rigorist, der sich der unverfälschten Wahrheit verpflichtet fühlt. Von dieser Position her wurde er auch zu einem scharfen Kritiker aller billigen Moralisierung und Monumentalisierung negativer oder positiver Verhaltensweisen in der NS-Zeit. Er suchte stets die Wirklichkeit dieser Zeit in ihrer Gebrochenheit so authentisch wie möglich zur Sprache zu bringen. Historisches Verständnis war und ist seine große wissenschaftliche Tugend. Helmut Heiber hat sich um die Zeitgeschichtsforschung in der Bundesrepublik in höchstem Maße verdient gemacht.

*Martin Broszat*

## INTERNATIONALES SYMPOSION „DER NATIONALSOZIALISTISCHE KRIEG“

Auf Einladung der Stadt Pforzheim bereitet das Institut für Zeitgeschichte zum 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs ein internationales Symposium vor. Im Mittelpunkt der Veranstaltung, die vom 12. bis 15. September 1989 in Pforzheim stattfinden wird, sollen die spezifisch nationalsozialistischen Elemente der deutschen Kriegführung und Kriegspolitik stehen. Die Konferenz kann insofern als eine Ergänzung der internationalen Tagung zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs angesehen werden, die auf Anregung des Präsidenten des Deutschen Bundestages von der Historischen Kommission Berlin und dem IfZ vorbereitet wird und vom 21. bis 23. August im Reichstagsgebäude zu Berlin stattfinden soll.

Ein besonderes Augenmerk der Pforzheimer Konferenz wird der Darstellung und vergleichenden Analyse der verschiedenen Formen deutscher Besatzungsherrschaft in Europa gelten. Die Veranstaltung wird am Abend des 12. September durch einen öffentlichen Vortrag eröffnet, der in das Konferenzthema „Der nationalsozialistische Krieg“ einführt. Die beiden nächsten Tage sind den im engeren Sinne wissenschaftlichen Erörterungen vorbehalten, zu denen Gelehrte aus zahlreichen europäischen Ländern, insbesondere auch aus Osteuropa, und den USA geladen wurden. Die Themen der insgesamt vier Sektionen lauten: 1. Kriegsbejahung – ein deutsches Phänomen? 2. Der Krieg als Instrument nationalsozialistischer Weltanschauungspolitik. 3. Deutsche Besatzungsherrschaft zwischen Hegemonialpolitik, Ausbeutung und Germanisierung. 4. Die Bedeutung des besetzten und verbündeten Europa für die deutsche Kriegführung.

Am Abend des 14. September beschäftigt sich ein weiterer öffentlicher Vortrag mit dem Thema: „Der totale Krieg und die Deutschen“. Den Abschluß des Symposions bildet am Vormittag des 15. September eine international besetzte Podiumsdiskussion unter dem Titel „Der Zweite Weltkrieg. Erfahrung und Bewußtsein“.

Tagungsprogramm, Anmeldekarten zum Besuch der Sektionen und Hotelinformationen sind auf Anfrage erhältlich über die Stadtinformation Pforzheim, Marktplatz 1, 7530 Pforzheim (Stichwort: Symposium Zweiter Weltkrieg).

GRÜNDUNG DES „DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN  
KOMITEES FÜR DIE ERFORSCHUNG DER  
DEUTSCHEN UND FRANZÖSISCHEN GESCHICHTE  
IM 19. UND 20. JAHRHUNDERT“

In der Tagungsstätte Kloster Banz bei Bamberg hat sich im Verlauf eines dreitägigen Symposiums über „Französische Einflüsse in Deutschland 1871–1939“ am 11. Oktober 1988 das „Deutsch-französische Komitee für die Erforschung der deutschen und französischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert“ konstituiert. Damit soll einem in den vergangenen Jahren in Fachkreisen häufiger artikulierten Bedürfnis nach einer besseren Koordination der Erforschung der deutsch-französischen Beziehungen und der Geschichte des jeweils anderen Landes, je für sich oder im Vergleich, im 19. und 20. Jahrhundert entsprochen werden. Der Gründungsakt in Banz wurde vorbereitet von einem Aktionsausschuß, der anlässlich einer ersten Beratung von 17 französischen und deutschen Fachkollegen gebildet worden war, die sich auf Initiative des Straßburger Historikers Raymond Poidevin am 5. und 6. Februar 1987 im Centre d'Etudes Germaniques de Strasbourg zusammengefunden hatten. Dem vorbereitenden Ausschuß, der 1987 und 1988 mehrfach in Augsburg, Stuttgart, Straßburg und Saarbrücken zusammengetreten ist, gehörten an die Professoren Raymond Poidevin (Straßburg) und Josef Becker (Augsburg) als Vorsitzende, sowie Jacques Bariéty (Paris IV), Rainer Hudemann (Saarbrücken), Franz Knipping (Tübingen) und Jean-Marie Valentin (Paris IV).

Die in Kloster Banz mit Förderung der Robert-Bosch-Stiftung, des Centre National de la Recherche Scientifique und der Mission Historique Française en Allemagne zusammengekommenen 46 deutschen und französischen Fachkollegen repräsentierten das gemeinsame Arbeitsgebiet und die verschiedenen Forschungsansätze in der ganzen Breite. Diese Breite wurde beispielhaft sichtbar in den vier Vorträgen zum Kolloquiums-Thema und den sich anschließenden wissenschaftlichen Aussprachen. Hartmut Kaelble (Berlin) öffnete die sozialhistorische Perspektive mit einem Vortrag über „Der vergessene Nachbar im Westen? Gesellschaftsvergleich und das Bild von der französischen Gesellschaft in Deutschland 1891–1914“. Horst Möller (Erlangen) sprach über „Frankreich in der deutschen Kultur der 1920er Jahre“. Jean-Pierre Daviet (Lille) griff mit seinem Vortrag über „La compagnie Saint-Gobain en Allemagne“ eine wirtschaftshistorische Fragestellung auf. Pierre Jardin (Paris) behandelte unter dem Thema „La politique rhénane de Paul Tirard“ eine politisch-diplomatische Dimension des französischen Einflusses in Deutschland.

Das neue Komitee versteht sich als organisatorischer Rahmen vor allem zur Förderung des Austausches von Informationen über laufende oder im Entstehen begriffene Projekte und Einzelarbeiten, zur Entwicklung bzw. zum Ausbau der deutsch-französischen Kooperationsmöglichkeiten (etwa in Form gemeinsamer Forschungsprogramme und deutsch-französischer Forschergruppen) und zur Vertretung der gemeinsamen Anliegen der Mitglieder gegenüber Öffentlichkeit, Behörden und

Institutionen der Forschungsförderung. Das Komitee will in seiner Zielsetzung im wesentlichen „binational“ im Sinne grenzüberschreitender Zusammenarbeit deutscher und französischer Fachkollegen wirken, nicht nur als formales Dach über zwei für sich arbeitenden nationalen Spezialistengruppen. Fachkollegen aus Drittländern sind als korrespondierende Mitglieder willkommen. Die abgeschlossene Promotion soll in der Regel die Voraussetzung für die Mitgliedschaft bilden. Im Hinblick auf die das Arbeitsgebiet des Komitees berührenden Nachbarorganisationen der Politik- und Sozialwissenschaftler und der deutschen Romanisten und französischen Germanisten soll als Kriterium für die Mitgliedschaft die wissenschaftliche Arbeit mit den Methoden des Historikers gelten.

Die Versammlung in Kloster Banz beriet in einer ersten Lesung über den Entwurf einer Satzung des Komitees und wählte für die Dauer von zwei Jahren einen geschäftsführenden Vorstand. Ihm gehören an die Professoren Klaus-Jürgen Müller (Hamburg) als Präsident, Georges-Henri Soutou (Paris IV) als Generalsekretär und stellvertretender Präsident, sowie Jacques Bariéty (Paris IV), Louis Dupeux (Strasbourg), Rainer Hudemann (Saarbrücken) und Franz Knipping (Tübingen). Der Vorstand soll die geordnete Arbeit des Komitees in informierendem, koordinierendem, initiiertem und repräsentierendem Sinne auf den Weg bringen und insbesondere die Formalitäten der Mitgliedschaft regeln, die definitive Satzung erarbeiten und die für die Herausgabe eines regelmäßig erscheinenden *Bulletins* erforderlichen Schritte unternehmen. Der Vorstand wird über seine Tätigkeit der nächsten allgemeinen Mitgliederversammlung Bericht erstatten, die im Zusammenhang mit einem größeren deutsch-französischen Kolloquium im Herbst 1990 voraussichtlich in Royaumont bei Paris stattfinden wird.

Die drei deutschen Mitglieder des Vorstands stehen für weitere Informationen zur Verfügung und nehmen Beitrittswünsche entgegen.

Für die deutsche Sektion:

*Prof. Dr. K.-J. Müller*

Professur für Neuere  
Geschichte,  
Universität der  
Bundeswehr und der  
Universität Hamburg

Postfach 700822  
2000 Hamburg 70

*Prof. Dr. R. Hudemann*

Fachrichtung 5.4.  
Geschichte,  
Universität des  
Saarlandes

6600 Saarbrücken 11

*Prof. Dr. F. Knipping*

Seminar für Zeit-  
geschichte der Uni-  
versität Tübingen  
Wilhelmstr. 36

7400 Tübingen

# Dr. Günter Plum

1931 – 1989

Wir trauern um unseren Freund und Kollegen

Institut für Zeitgeschichte



## Abstracts

*Constantin Goschler, Christoph Buchheim, Werner Bührer, The Schuman Plan as an Instrument of French Steel Policy. On the Historic Impact of a Misconception*

It was an important French aim in the post-war period to shift the main center of European iron and steel production from the Ruhr to Lorraine. From the beginning, the French also felt that the former dominance of the Ruhr could be traced to artificial advantages as for example discriminatory prices of coal and that, in fact, Lorraine had definite natural advantages over the Ruhr area. The Schuman Plan was designed to abolish those artificial advantages thereby creating a situation in which Lorraine could be stronger than the Ruhr. In the second part of the article the validity of this French concept is questioned, because it is based on a comparison of costs excluding the transport charges of steel from producer to consumer. If these are included, however, the Ruhr industry was generally to be favoured over the French. The mistaken view of Lorraine's competitive capacity prevailed during the negotiations about the European Coal and Steel Community. At the time of the ratification of the treaty, important French officials were still convinced that they had achieved a basis for successful competition between the French and German steel industries.

*Ursula Büttner, Alternatives to Brüning's Deflationary Policy. A Contribution to the Debate on Economic Constraints of Government Towards the End of the Weimar Era*

There has been lively controversy on the financial policies of Reichskanzler Heinrich Brüning (1930–1932). In this discussion one question has often been neglected: whether there had been a chance to find sufficient political and social support for a Keynesian policy of deficit spending. The author of this article proves that not only a number of outstanding scholars and journalists, but also most of the important organisations of blue- and white-collar workers and civil servants came to recognise the disastrous effects of deflation in the late summer of 1931 and began to elaborate programmes for an alternative financial policy. Even among the great organisations of trade and industry, the demand for a more expansive money and credit supply policy became popular, and there were longsighted businessmen who pleaded for Keynesian methods of fighting the depression. The German government was not forced to keep to its course because there was no support for alternative decisions, but did so for political reasons.

*John E. Farquharson, Aid to the Enemy. The British Decision on Relief Supplies for German Civilians 1944/45*

The original assumption by the wartime British government was that relief supplies for German civilians would be needed only during the period of hostilities, so that

“disease and unrest” would not disrupt military operations. The Americans followed a similar policy. However, the picture slowly began to change by early 1944, as the future British Zone was not self-sufficient in food. Moreover, the U.S.S.R. might not send any supplies westwards from East Germany, on which the Ruhr had partly depended before the war. Population transfers would entail an increased number of people to feed in the Zone. Gradually, committees of the War Cabinet were forced into the reluctant decision that relief must be given to German civilians even *after* the end of the war. Despite Churchill’s clear disapproval the government was obliged to make a public commitment to this effect by March 1945. Among the factors impelling it to this new course was the question of Reparations; these would be impossible to collect if Germans were not properly nourished. It was also feared that the sight of starving civilians would adversely affect the discipline and morale of the British occupation forces. Thus the seeds of future conflict between Britain and the U.S.S.R. were sown by the decision to import food at the British taxpayers’ expense.

*Beatrice Heuser*, Subversive Operations as an Instrument of Western “Roll-back” Policy 1948–1952

In the decade following World War II, the Americans and the British interpreted Stalin’s policies as a global threat to Western democracy in both a political and a military sense. In response, the Western powers developed the policy of “Containment”, often (and mistakenly) interpreted as a trip-wire policy designed only to stop Soviet/Communist power from spreading any further. In fact Western aims went beyond that: The London and Washington governments wanted to undermine Soviet control of Eastern Europe by encouraging anti-Communist or nationalist resistance movements. This took the form of radiobroadcasts and propaganda, but also of subversive activities, including attempts to incite civil war by training anti-Communist exiles from East European countries, and smuggling them into their native countries to start an armed uprising. These operations were singularly unsuccessful, as were attempts to persuade Communist governments in the satellite countries to break with Moscow, as in the case of the Tito-Stalin split. Besides that, these efforts posed a serious threat to the coherency of the newly created North Atlantic Treaty Organisation.

*Hansjakob Stehle*, Bishop Hudal, Vatican, and SS-Obersturmbannführer Meyer, Berlin. Peace Feelers 1942/43

In 1942/43 the Austrian bishop in the Vatican, Alois Hudal, and Obersturmbannführer Waldemar Meyer of the SS Secret Service in Berlin prepared two memoranda proposing a kind of conciliation agreement between the Catholic Church and the National Socialist regime. The developments leading to the production of these papers together with the actual memoranda and details of the outcome of this strange affair are documented here. Meyer and Hudal, both critical sympathizers of the regime, shared the opinion that it must be in the regime’s own interests to end its

quarrel with the church and engage it as an ally against the Communists. The "negotiators" deceived one another as to the extent of the backing each enjoyed in Berlin and the Vatican respectively. With this ambitious move they hoped to win the very support they lacked. It was a gamble which benefited both from the absence of any *raison politique* in that totalitarian state, as well as from the Church's reticence to risk a head-on confrontation with a regime so lacking in any moral standards.

*Hans-Jürgen Schröder, The Early Years of the Federal Republic of Germany. An American Assessment 1954*

After World War II Germany again became the cornerstone of United States policy towards Europe. This is particularly evident in Washington's Marshall Plan strategy: The Federal Republic's western integration and its domestic stability were essentials of U.S. policy. In this context Chancellor Konrad Adenauer was of vital importance for both the Truman and the Eisenhower administrations. This is extensively documented in the American records. One of the best evaluations of Adenauer's role in West German political development was given in U.S. HICOG despatch no. 82 of July 12, 1954, which is printed here in full length. The author, Edward T. Lampson, a Harvard history graduate, leaves no doubt about the Chancellor's autocratic style and his lack of sympathy for popular government in the American sense. But Lampson makes out a strong case for the thesis that – given the "political inexperience of the German people" – Adenauer's "enlightened pro-European leadership" combined with his "respect for law and civilized values" was the best guidance possible for the German people.